Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 34 (1954-1955)
Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Aktuelle Freiheitsprobleme

III. Herbsttagung der Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau

Zum dritten Male lud die «Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau (Redressement National)» eine Schar von über vierzig Studenten, jungen Akademikern und Berufsleuten zu einer dreitägigen Studientagung ins Parkhotel Gießbach am Brienzersee ein. Die diesjährige Tagung stand unter einem einheitlichen Thema — der Freiheitsproblematik unserer Gegenwart. Diese Einheit der Themenstellung wirkte sich sehr günstig aus, indem sich Vorträge und Diskussionen organisch aneinanderschlossen, immer wieder aufeinander Bezug nehmen und aufbauen konnten.

Den geistigen Rahmen der Freiheitsproblematik unserer Zeit skizzierte Redaktor Dr. *Rudolf A. Heimann* (Bern) in einem Referat *Über die geistigen Grundlagen der Freiheit.* Auf Grund einer Analyse der Gegenwartssituation versuchte er die Mittel und Wege aufzuzeigen, um dem fortschreitenden Zerfall der Freiheit in unserer Zeit des Kollektivs Einhalt zu gebieten. Die Tagungsteilnehmer wurden hier gleichsam vor ihre geistige Verantwortung als abendländische Menschen gestellt.

Als zweiter Referent nahm Prof. Dr. rer. pol. *Alfred Gutersohn* Stellung zu den *Voraussetzungen und Grenzen des freien Wettbewerbs.* Er ging von der erfreulichen Feststellung aus, daß sich in den letzten Jahren in Europa eine Aufwertung des Freiheitsprinzips erkennen läßt. Die Abneigung gegen die amtliche Bevormundung der Kriegswirtschaft, das abschreckende Beispiel der Diktaturen, Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung sind einige der Gründe dieser Aufwertung des Freiheitsprinzips. Dagegen sind die Aussichten für die Zukunft nicht eindeutig. Schon die inflatorische Geldentwertung durch eine weitergehende Hochkonjunktur muß die Voraussetzung zu neuen Freiheitsbeschränkungen bilden. Wie die Wirtschaftsgesinnung im Falle spürbarer Konjunkturrückschläge sein wird, läßt sich kaum voraussehen. Die Betriebskonzentration kann ebenfalls zu einem Rückschlag der Freiheitsgesinnung führen, indem sich hier auf weite Sicht kaum so freiheitlich disponieren läßt wie beim Kleinbetrieb. Der Referent unterzog dann die liberalen Theorien einer Kritik und Abklärung. Er kam zum Schluß, daß wir uns heute an einem Scheideweg befinden. Der Glaube in die freiheitliche Selbststeuerung ist erschüttert worden. Wir können heute das Freiheitsprinzip in der Wirtschaft nicht mehr absolut, sondern nur noch als einer höheren Zielsetzung untergeordnet anwenden. Die Freiheit in der Wirtschaft ist zweckbedingt geworden, d. h. sie ist als Mittel nur soweit anzuwenden, als sie nicht schädlich wirkt. Es geht heute um die Verwirklichung der Freiheit in der Ordnung. Der Irrtum der alten Liberalen bestand darin, daß sie von Annahmen ausgingen und keine Rücksicht auf die empirischen Lebenstatsachen nahmen. Ihre Voraussetzungen — rationales Verhalten aller Subjekte, voller und dauernder Marktüberblick, unbegrenzte Anpassungsfähigkeit von Kapital und Arbeit an die Marktlage usw. — erwiesen sich als in der Wirklichkeit nicht vorhanden. Wir müssen hieraus die Folgerung ziehen, daß die Freiheit in der Wirtschaft zu Unvollkommenheiten führt. Dennoch ist

sie die einzige Ordnung, die eine vielseitige, differenzierte wirtschaftliche und soziale Entwicklung gewährleistet. Der Grundsatz, nach dem sich unser Handeln heute richten muß, lautet: So viel Freiheit als möglich und im Zweifelsfalle für die Freiheit. Je mehr sittliche Werte in der Wirtschaft aktiv werden, desto weniger Einschränkungen der Freiheit sind notwendig. Es gilt, mit Hilfe historischer Erfahrungen zu versuchen, das richtige Maß der Freiheitsbeschränkungen zu finden. Sicherungen gegen die Eingriffe in die Freiheit bilden die Gewaltentrennung, die Dezentralisation, die Lebensfähigkeit von Familie, Gemeinde und Verbänden, in welchen die menschlichen Beziehungen noch die rein technischen Eingriffe überschatten.

In der anschließenden Diskussion wurde auf die freiheitsbeschränkenden Eingriffe hingewiesen, die nicht von seiten des Staates, sondern von seiten der Konventions- und Moralordnung möglich sind. Den Kernpunkt der Auseinandersetzung jedoch bildete die Frage der Sicherungen, die den Mißbrauch der Macht, die freiheitsgefährdenden Eingriffe in das Wirtschaftsgefüge verhindern sollen.

Über den *Kampf um die Auslegung der Wirtschaftsartikel* sprach als dritter Referent Dr. jur. *Hans Georg Lüchinger* (Zürich). Er stellte einleitend fest, daß die bisherige Entwicklung gezeigt hat, daß weder Bundesrat noch Parlament geneigt sind, sich an die fünf einschränkenden Vorbedingungen der Wirtschaftsartikel — wichtiger Wirtschaftszweig, Gefährdung der Existenzgrundlagen, im Landesinteresse und nur soweit, als in diesem Interesse notwendig, zumutbare Selbsthilfemaßnahmen — zu halten. So fehlte zum Beispiel beim Uhrenstatut die Gefährdung der Existenzgrundlage, bei der Tabakvorlage war überhaupt keine der Bedingungen erfüllt. Es stellt sich deshalb die Frage, inwieweit diese Rechtspraxis mit dem neuen Wirtschaftsrecht überhaupt vereinbar ist. Die Grundprinzipien der Bundesverfassung — das demokratische, das liberale und das föderalistische Prinzip — müssen bei deren Auslegung gewahrt bleiben. Alle Bestimmungen, die dem Bund Kompetenzen erteilen, sind deshalb restriktiv auszulegen; die Kantone gehen immer vor; im Zweifelsfall muß zugunsten der Kantone entschieden werden, ebenso für die Freiheit des einzelnen und nicht für die staatliche Bindung. Deshalb sind Uhrenstatut und Tabakvorlage im Grunde verfassungswidrig. Um den Bund wiederum zur Verfassungstreue zurückzuführen, ist die Schaffung der Verfassungsgerichtsbarkeit notwendig. Um diese letzte These entbrannte anschließend die Diskussion, die zu folgenden Resultaten führte: Die Verfassungsgerichtsbarkeit darf nicht immer und überall angerufen werden, sondern nur in entscheidenden Fällen; grundsätzlich muß die Verfassung verfassungsmäßig geändert werden und darf nicht durch Auslegung umgebogen werden, sonst kommen wir zu einer immer weitergehenden Abwertung der Verfassung im Volk und damit zu einer Gefährdung der Grundlage unseres Rechtsstaates.

Der Berner Rechtslehrer Prof. Dr. jur. *Hans Merz* befaßte sich in einem bestechend klaren Referat mit dem Thema *Die Kartelle und die Handels- und Gewerbefreiheit.* Er stellte die Frage, ob vom Standpunkt der Handels- und Gewerbefreiheit aus die vertraglichen Vereinbarungen von Kartellen in bezug auf eine Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit ihrer Mitglieder erlaubt seien. Die sogenannten «Knebelungsverträge» für die Kartellpartner selbst verstoßen eindeutig gegen die Rechtsvorschriften. Schwieriger zu lösen ist jedoch die Frage der rechtswidrigen Wirkung von Kartellvereinbarungen auf die Außenseiter. Das Bundesgericht hat hier gewisse Schranken aufgestellt, indem es einen Boykott gegen Außenseiter, sofern er widerrechtliche Zwecke verfolgt, als rechtswidrig anerkannte; ebenso dürfen keine rechtswidrigen oder unsittlichen Mittel zur Durchführung des Boykotts angewendet werden. Die entscheidende Frage jedoch ist die: Darf man die Wettbewerbsbefugnis des Außenseiters so einschränken, daß man ihm die Möglichkeit nimmt, sich wirtschaftlich zu betätigen. Diese Beschränkung entsteht dann, wenn eine Monopolbildung vorliegt. Die Handels- und Ge-

werbefreiheit bestätigt die Wettbewerbsbefugnis als ein zu schützendes Freiheitsgut. Die bisherige Praxis des Bundesgerichtes schützte jedoch den einzelnen nur gegen die Übergriffe des Staates, nicht gegen diejenigen von Privaten. Die Lösung des Kartellproblems sah der Referent deshalb nicht in einem Kartellverbot, sondern in einer Unverbindlichkeitserklärung gewisser Vereinbarungen von Kartellen. Diese Erklärung könnte durch einen Bundesgerichtsentscheid bewirkt werden. Dann müßten im Laufe eines Jahres Hunderte von Kartellvereinbarungen geändert werden. Als rechtlich unverbindlich müßte die widerrechtliche Marktschließung bezeichnet werden. Die Festsetzung eines Kündigungsrechtes von Kartellvereinbarungen sowie die Schaffung eines Kartellregisters könnten ebenfalls dazu beitragen, die schädliche Wirkung der Kartelle auf die freiheitliche Wirtschaftsstruktur zu mindern.

Erwartungsgemäß entspann sich im Anschluß an dieses Referat die lebhafteste Diskussion, ist doch die Frage der Kartellgesetzgebung von größter Aktualität. Der Meinung, daß das Monopol in einer Branche oder einem Wirtschaftszweig naturgemäß die Freiheit aufhebe und die Tendenz habe, als Macht mißbraucht zu werden, stand die Feststellung gegenüber, daß das Monopol nicht unbedingt eine preissteigernde Tendenz haben muß, wie sich beim Bier und beim Zement zeigte, wo gerade eine Preissteigerung nicht erfolgte, weil ein Monopol bestand. Von Verbandsseite wurde zugegeben, daß die Kartelle selbst ein Interesse an der vernünftigen rechtlichen Regelung auf diesem Gebiet haben, da sie selber sonst die Vorstufe zum Staatskapitalismus bilden. Daß Kartelle auch als private Abwehrmaßnahme gegen das Überborden der Freiheit verstanden werden können, wurde von gleicher Seite behauptet. Einen besonderen Diskussionspunkt bildete der Minderheitenschutz im neuen Gesamtarbeitsvertragsrecht, der nichts anderes darstellt als den Schutz des Außenseiters gegen die Kartellwirkungen des Monopolanspruchs des Gewerkschaftsbundes.

In zusammenfassender Schau zeichnete als letzter Referent Chefredaktor *Peter Dürrenmatt* (Basel) das Freiheitsproblem in bezug auf unseren Staat unter dem Titel *Autoritätsprobleme in unserer Demokratie.* Aus einer eingehenden Analyse der heutigen Situation unserer Innenpolitik kam der Referent zum Schluß, daß wir die Vorstufe einer eigentlichen Autoritätskrise erreicht haben. Er sah die gesunde Form unseres demokratischen Freistaates im Bilde der Landsgemeinde, wo der Ring der Staatsautorität Behörden und Volk zugleich umschließt. Wurde im ersten Referat der Tagung der einzelne Bürger vor seine geistige Verantwortung gestellt, so im letzten vor seine politische Verantwortung. Daß in der Diskussion darauf hingewiesen wurde, eine weitere Bindung sei nötig, und es müsse der Ring der staatlichen Gemeinschaft unter die Autorität Gottes gestellt werden, griff noch weiter in die weltanschauliche Verantwortung, die unserer Zeit besonders not tut.

Rudolf A. Heimann

* * *

Die *Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau* hat sich mit der Durchführung dieser Tagungen, die fortgesetzt werden, ohne Zweifel ein großes Verdienst erworben. Man kann sagen, daß der Hauptzweck, den Jungen die freie Aussprache über unsere bewegenden politischen und wirtschaftlichen Probleme zu ermöglichen, dabei voll erreicht wird. Wer als Teilnehmer der Tagung das lebhafte, in anregender Diskussion betätigte Interesse der erfreulich zahlreichen jungen, aktiv beteiligten und zuhörenden Tagungsgäste erlebte, wird sich der Bedeutung solcher Veranstaltungen aus allgemeinen Gesichtspunkten bewußt bleiben. Die Kritik an dem politischen Ablauf der Dinge in unserem Lande, an der Arbeit des Parlaments und an seiner Gesetzgebung erschien oft scharf, doch mit zweckentsprechenden Argumenten in lebendiger Weise vorgetragen. Wünschbar erschiene in diesem Zusammenhang, aber auch aus allgemeinen Erwägungen, die *Anwesen-*

heit von Parlamentariern. Sie wären am besten in der Lage, die jeweils erwarteten und fälligen Erläuterungen vor die Versammlung zu tragen.

Wir möchten nicht unterlassen, auf die grundlegende Bedeutung des Referates von Herrn Dr. *R. A. Heimann, «Über die geistigen Grundlagen der Freiheit»* hinzuweisen, das die Veranstaltung einleitete. Da der Referent den Bericht für unsere Zeitschrift abgefaßt hat, hat er sich mit der Darstellung seines Referates zurückgehalten. Sie sei deshalb hier nachgeholt.

Ausgehend von jenem Erwachen der Freiheit bei den Griechen, wo der Mensch als das Maß aller Dinge, der freie, sich selbst erkennende Mensch, der Mensch, frei geworden durch diese Erkenntnis seiner selbst, zum erstenmal Wirklichkeit wurde in seiner Spannungsbeziehung zur Gemeinschaft, zur Polis, gelangte der Referent zum Schluß, daß diese Freiheit zum Lebensbedürfnis des europäischen Menschen geworden ist und als solches gleichsam als Ferment durch die Jahrhunderte der abendländischen Geschichte wirkt. Heute stehen dieser Freiheit in unserem modernen Leben gefährdende Kräfte entgegen: Die Flucht ins Kollektiv, die Abwertung der wirklichen Persönlichkeit, die Oberflächlichkeit des Denkens, der Drang nach Sicherheit. Sie alle stammen letztlich aus der bewußten oder der unbewußt erfühlten Lebensangst. Aus ihnen heraus wird der immer lauter werdende Ruf nach der Hilfe des Staates auf allen Gebieten des Lebens geboren. Von seiten dieses Staates bedrohen wiederum verschiedene Tendenzen die Freiheit, an erster Stelle der Utilitarismus, der auf das komplizierte, vielschichtige Gewebe des sozialen Körpers keine Rücksicht nimmt und glaubt, diesen rationalisieren zu können wie eine Maschine; dann der Egalitarismus, der die Unterschiede zwischen den einzelnen Menschen mißachtet und zu einer immer stärker ausgeprägten Nivellierung führt; und schließlich die Tendenz zur Zentralisation, die das Eigenleben der Teile erstickt.

Nach dieser Analyse der Gefahren, welche der Freiheit in der heutigen Zeit drohen, versuchte der Referent die Kriterien aufzuzeigen, nach welchen unser Handeln in bezug auf den Staat sich ausrichten muß, um einen weiteren Zerfall der Freiheit zu verhindern. Er sah sie in der Bewahrung der organischen Lebensgemeinschaften (Familie, Gemeinde, Kanton), in der Ablehnung der weiteren Aufblähung des staatlichen Apparates, im sorgfältigen Wachen über die individuelle Freiheitssphäre des Menschen und über den organischen Charakter der staatlichen Eingriffe in das Leben des einzelnen und der Wirtschaft. Das Nein oder das Ja zu jeder Vorlage des Bundes und der Kantone hängt davon ab, ob sie mit diesen Kriterien im Widerspruch steht oder nicht. Weitere Möglichkeiten, um den Gefährdungen der Freiheit von seiten des modernen gesellschaftlichen Lebens entgegenzuwirken, sah der Referent in der Unterstützung aller Bestrebungen, die eine Auflockerung des Kollektivs erreichen wollen, in der Kampfansage an das materialistische Denken, in der Kampfansage an den Hang zum Etatismus und schließlich in der Förderung all jener Bemühungen, die den Menschen wiederum erziehen wollen zu selbständigem Denken, zur Achtung des Rechtes, zum Sinn für die sozialen Verpflichtungen gegenüber Familie und Gemeinschaft, zur politischen Verantwortung.

Der Referent schloß mit dem Appell an die Teilnehmer der Tagung: «Die Freiheit ist keine statische Größe, die konserviert wird oder zerfällt. Sie muß immer neu, Tag für Tag, von jeder Generation hier und jetzt errungen werden. Die Freiheit ist kein Hotel, in welchem einem am Morgen die Schuhe schön geputzt vor die Türe gestellt werden; die Freiheit ist ein Grat, den es immer neu zu bezwingen gilt. In jedem Augenblick, wo in freier Wahl und Verantwortung ein freier Entschluß gefaßt wird, lebt und entsteht Freiheit. Und sie wirkt weiter, über den Kreis des einzelnen hinaus in die Gemeinschaft.»

Schriftleitung der «Schweizer Monatshefte»

Gegenwart und Wissenschaft

Europäisches Forum Alpbach 1954

Im Jahre 1945 hat sich das österreichische College, vor allem durch die private Initiative seines Präsidenten *Otto Molden* und seiner Vizepräsidenten Prof. Dr. *Simon Moser,* die Aufgabe gestellt, durch übernationale Gespräche die Möglichkeit eines neuen gesamteuropäischen Kulturbewußtseins abzutasten. Es konnten an die achtzig Teilnehmer, unter ihnen namhafte Gelehrte, Künstler und führende Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft Europas, für die ersten internationalen Hochschulwochen im Tiroler Dorf Alpbach gewonnen werden, welche unter dem allgemeinen Thema *Wissenschaft und Gegenwart* den Standort der Wissenschaften durch Informationsaustausch abzuklären und die Fragen der Wissenschaft in Beziehung zur europäischen Situation nach dem zweiten Weltkrieg zu bringen versuchten.

Seither hat sich die Struktur Europas und der Welt verändert. Das wissenschaftliche Leben ist durch zahlreiche Fach- und überfachliche Zeitschriften und durch regen Akademikeraustausch aus der nationalen Isolierung befreit worden. Die politischen Probleme sind nicht nur durch den Ost-West-Gegensatz völlig verschoben worden, sondern auch innerhalb Westeuropas ganz andere; und die wirtschaftlichen mit ihnen. Die europäische Gegenwart ist mit jener von 1945 kaum mehr vergleichbar, wenn sie auch aus ihr hervorgegangen. Es ist daher interessant, die Wirklichkeit des europäischen Forums Alpbach, wie sie sich in den zehnten internationalen Hochschulwochen vom 17. August bis zum 6. September dieses Jahres konstituiert hat, zu überblicken und an einer möglichen Aufgabe in der gegenwärtigen Lage Europas zu prüfen. Diese Sicht ergibt sich schon aus dem Gesamtthema, welches, in Anlehnung an das Thema der ersten Tagung, die zehnte als eigentliches Jubiläum hervorhob und die leitende Idee des Forums vielleicht am treffendsten in eine Formel bringt: Gegenwart und Wissenschaft.

Was das europäische Forum Alpbach zu einer eigenen Institution macht und von den meisten andern wissenschaftlich-kulturellen Tagungen mit Vorträgen und anschließenden offiziellen Diskussionen abhebt, sind die *Arbeitsgemeinschaften,* die sich täglich zusammenfinden, um, gestützt durch forschungsberichtende Referate, bestimmte wissenschaftliche Fragen im Hinblick auf einen weiteren philosophischen Hintergrund frei zu diskutieren. Das diesjährige Thema vereinigte im ganzen vierzehn solcher Arbeitsgemeinschaften, so daß der einzelne Teilnehmer aus einem wahren Reichtum von Fragestellungen zu wählen hatte. So wurde die in ihrer gegenwärtigen Form junge und spezifisch moderne Wissenschaft der *Kybernetik* vorgestellt und besprochen, die in der Theorie der Nachrichtenübermittlung philosophische, statistische und physikalisch-mathematische Methoden vereinigt und mit der Konstruktion von Informations- und teilweise selbsttätig weiterlenkenden Maschinen (wie die als Elektronenhirn bezeichneten) tief umgestaltend in die Praxis der Industrie hineinwirkt. Eine andere Arbeitsgemeinschaft befaßte sich mit den *Strukturen der industriellen Arbeitswelt,* indem sie die Wandlungen in der sozialen Schichtung und in den Machtgruppen industrieller Länder, das Verhältnis von Betrieb und Gesamtgesellschaft, Kulturtypen, Wertsystemen und industrieller Wandlung untersuchte und sich in der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Betriebssoziologie methodologisch Rechenschaft ablegte. Eine psychiatrisch-psychologisch-soziologische Gruppe suchte in einer *Pathologie des modernen Bewußtseins* nach Ansätzen zu einer neuen, dem modernen Menschen entsprechenden Anthropologie, wie sie nach den Impulsen von Freud, Jung, Fromm u. a. notwendig

wird. Es schien im Sinne des Alpbacher Gedankens gegeben, auch der *Krise der Ethik und ihrer Überwindung* in einem eigenen Seminar Aufmerksamkeit zu schenken. Das Gespräch über das Problem *nationaler und universaler Geschichtsschreibung* führte den Geschichtsbegriff seit Hegel vor, zeichnete die Hauptrichtungen der modernen Geschichtsschreibung nach und konzentrierte sich auf die Frage, inwiefern in der neueren Geschichtsschreibung eine Überwindung des nationalen Partikularismus zu erkennen sei. Eine sinngemäß von Dr. *Hans Zbinden* (Bern) geleitete Gemeinschaft vermochte mit der eingehenden Diskussion von *Fragen der Gemeindefreiheit in Europa* nicht nur theoretische Einsichten, sondern aus der unmittelbaren Vertrautheit des Leiters mit der von Ausländern immer wieder beachteten Konstanz der inneren Struktur der Schweiz auch praktische Anregungen zu politischer Gestaltung und Umgestaltung zu vermitteln. Weitere Gruppen behandelten mit den Themen *Demokratische Vertretungskörper und Parteienherrschaft, Probleme der politischen Einigung Europas von Versailles bis heute* und *Situation und Aufgabe des europäischen Ostens* weitere politische Fragen von hoher Aktualität. Aus anderen wissenschaftlichen Voraussetzungen nahm die Diskussion über *Sprachen und Kulturen* eine ähnliche Richtung, indem sie über die historische Betrachtung und die grundsätzliche Erörterung der Entwicklung der neueren Sprachwissenschaft und Sprachphilosophie (Sprachgrenzen und -räume; idealistische Sprachauffassung Croces, Voßlers, Spitzers; stilistische Sprachinterpretation Ballys; phonologische Sprachbetrachtung usw.) hinaus zu Fragen wie «Fordert eine gemeinsame Kultur eine einfache sprachliche Konvergenz oder eine gemeinsame Sprache?» vorstieß, sich jedoch in der Besinnung auf die Möglichkeiten einer «Interpretation» linguistischer Gegebenheiten fruchtbar hütete, über die dem Fachbereich gezogene Grenze dilettantisch vorzustoßen, mit um so größerer Berechtigung, als der Versuch, die sprachphilosophische Problematik einem Gesamtrahmen einzuordnen, dem Kolloquium über *Sprache — Erkenntnis — Wirklichkeit* vorbehalten war. Wies die Diskussion über *das Wort im Rundfunk,* zu der sich zahlreiche Vertreter verschiedener Rundfunkgesellschaften zusammengefunden hatten, neben ethischen auch spezielle radioästhetische Gesichtspunkte auf, so hatten zwei weitere Arbeitsgemeinschaften ästhetische Gegenstände gewählt, die heute weit über den ästhetischen Bereich hinaus interessieren: die eine über die *Wiener Schule (Schönberg, Berg, Webern)* galt dem Verständnis der Wendung in der Musik unseres Jahrhunderts, welche sich, noch vor dem Gipfel der tonalen Komposition, zu Ende des 17. Jahrhunderts mit der Temperierung und den dadurch eröffneten unbegrenzten Modulationsmöglichkeiten, die den Keim der Zersetzung der Tonalität in sich trugen, anbahnte und von Schönberg zum erstenmal konsequent vollzogen wurde; und schließlich war mit *Pattern und Design in der modernen Literatur* ein Thema zur Sprache gestellt, das in Untersuchung experimenteller und traditioneller Stilformen in der Prosa und in Begriffsbestimmungen und Phänomenbeschreibungen von Symbol und Zeichen, von Perspektiven und Figur usw. wesentliche literaturwissenschaftliche Einzelprobleme einer Klärung näher brachte und darüber hinaus den Abbau der Lebenskräfte und den Einbau wissenschaftlicher Prinzipien im modernen sprachlichen Kunstwerk verfolgte. Einzelne gemeinsame Sitzungen verschiedener Arbeitsgemeinschaften mit besonderen thematischen Berührungspunkten halfen Querverbindungen zwischen den Fachgruppen schaffen.

Im selben Sinne wirkten vor allem auch die *Plenarvorträge,* in denen jeweils einer der Leiter einer Arbeitsgemeinschaft deren Fragestellungen allen andern Teilnehmern in Übersicht vermittelte oder aber einen perennierenden Wesenszug abendländischen Geistes herausarbeitete und hie und da auch programmatisch verkündete.

Eine sehr wertvolle Ergänzung weniger wissenschaftlich-informatorischer Art, dafür mit um so größerem Bezug zu der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gegenwartslage bildeten die sog. *europäischen Gespräche.* In vier Zyklen mit verschiedenen Vorträgen und eingehenden Diskussionen der aufgeworfenen

Fragen wurde gesprochen über: *Europas Weg in der Gegenwart,* d. h. die Einigungsbestrebungen im Lichte der dafür gegründeten Organisationen (Diskussionsleitung Denis de Rougemont, Genf); *Die öffentliche Meinung im gegenwärtigen Europa* (Diskussionsleitung Chefredaktor Peter Dürrenmatt, Basel, und Jean-Paul de Dadelsen, Genf); *Das musikalische Theater,* zu dessen Besprechung sich so prominente Persönlichkeiten wie Gottfried von Einem, Rolf Liebermann, H. H. Stuckenschmidt u. a. bereit fanden; und *Die Bank — eine Lebensader der europäischen Wirtschaft* (Diskussionsleitung Edmond Giscard d'Estaing, Président du Comité National Français de la Chambre de Commerce Internationale, et de la Société Financière pour la France et l'Outre-Mer, Paris [1]).

Dieses reiche Programm wurde durch verschiedene kulturelle Veranstaltungen von hohem Niveau in anregender Weise ergänzt: so fanden sechs Konzerte wenig bekannter älterer, überwiegend jedoch moderner Musik statt, von denen allein die Welturaufführung einer ansprechenden Tanzserenade von Gottfried von Einem hervorgehoben sei; und schließlich trugen fünf Ausstellungen (Phantastik in der Graphik, Italienische Graphik der Gegenwart, eine internationale Plakatausstellung, eine «Mechanik und Ausdruck» überschriebene Photoausstellung und eine Buchausstellung mit Neuerscheinungen) wertvoll zur Information über europäisches Schaffen der Gegenwart bei.

Eine solche Vielfalt von Fragestellungen und anregenden Anlässen, zusammen mit der selbstverständlichen Aussicht auf fruchtbare persönliche Begegnungen, die eigentümliche Verbindung von Ernst des Anliegens, Gewissenhaftigkeit im Einhalten des Programms und ferienhafter Idyllik der Umgebung, in die bei schönem Wetter einzelne Sitzungen zu verlegen die Freiheit bestand und in die Ausflüge zu unternehmen der Stundenplan Freizeiten vorgesehen hatte, mußte im Laufe der zehn Jahre immer mehr Akademiker nach Alpbach locken. Und wirklich hat sich die Zahl der Teilnehmer in dieser Zeit verzehnfacht — eine wohlverdiente Genugtuung für die unermüdlichen Leiter und Mitarbeiter der Organisation. Freilich werden gerade sie nicht übersehen, daß der äußere Erfolg die Möglichkeit der Berührung zwischen den Fachkreisen verringert, und sich vor dem Irrtum hüten zu meinen, die wissenschaftliche Diskussion werde intensiver, wenn fünfzig und mehr anwesend sind wie schon jetzt in einzelnen Gruppen. So wird sich vielleicht in absehbarer Zeit die Frage einer Auswahl der Teilnehmer stellen, damit die dichte wissenschaftliche Diskussion und das offene Gespräch, die den Charakter dieses europäischen Forums so fruchtbar bestimmen, erhalten bleiben.

Zumindest der wissenschaftlich informative Wert solcher Veranstaltungen besteht unangefochten, solange es gelingt, Akademiker zu versammeln, die das Gesetz wirklichen teamworks achten. Die Schwierigkeit der unmittelbaren Verbindung einer wissenschaftlich verstandenen Anthropologie des modernen Menschen, die wesensgemäß deskriptiv ist, mit politisch-wirtschaftlichen Entscheidungen ethischer Zielsetzung, wie sie das Alpbacher Programm fordert, stellt sich dem Forum als alljährlich neue Aufgabe. Grundsätzlich aber ist heute nun zu fragen, ob nicht auch Akademiker, die nicht westeuropäischer, sogar überhaupt nicht europäischer Weltanschauung sind, beigezogen werden sollten: wie 1945 die dringendste Aufgabe darin gesehen wurde, den durch den Krieg vollendeten Bruch nicht nur in der organischen Kontinuität von Tradition und schöpferischer Erneuerung, sondern zwischen Kriegs- und somit Weltanschauungsparteien zu überbrücken, könnte sie heute in dem Versuch erkannt werden, abendländische Tradition mit der von ihr losgebrochenen, einstweilen noch traditionsfeindlichen Geisteshaltung und mit Kulturen, die sie noch nicht erreicht hat, in ein wahrhaftes Gespräch zu bringen, damit sie vielleicht ihrer Einheit in der Vielheit selbstbewußter daraus hervorginge. Wir sind uns darüber im klaren, daß ein solcher Versuch das europäische Forum

[1]) Vgl. die Ausführungen von Hermann J. Abs in dieser Nummer.

in Frage stellen würde, wie es bei seiner Gründung 1945 in Frage stand. Die Kraft zur schöpferischen Erneuerung aber zeigt sich allein in der Fähigkeit, sich selber in Frage zu stellen.

Jacob Steiner

Dirigismus im Feuer der Kritik

Die Tagung der international bekannten liberalen Studiengemeinschaft *Mont-Pélerin-Society* fand in diesem Jahr anfangs September in Venedig statt. Der Konferenzort — im Vorjahre war es der Seelisberg nahe dem Rütli — hatte auch diesmal symbolhaften Charakter: Venedig — die Lagunenstadt, die einst von Petrarca als «die ehrbarste Stadt und einziges Refugium für Humanität, Frieden und Freiheit» genannt wurde. Die weltoffene Gesinnung, die den führenden Männern dieser Stadt stets eigen war, schuf die richtige Atmosphäre für die Konferenz, deren Teilnehmer aus zehn Ländern dorthin gekommen waren, um Gäste der Fondazione Giorgio Cini zu sein, die dafür die ehrwürdigen Räume des alten Benediktinerklosters auf der Isola San Giorgio zur Verfügung gestellt hatte. Der Empfang durch den Bürgermeister der Stadt Venedig, Professor Angelo Spanio, der auch Präsident der Fondazione Cini ist, zeichnete sich durch südländische Noblesse aus und atmete einen Geist, der die Gäste aus nah und fern sich sogleich heimisch fühlen ließ.

Nach der Gründungstagung der Mont-Pélerin-Society vom 8. April 1947 auf dem Mont Pélerin (Vaud) — dem Ort, welcher der Gesellschaft ihren Namen gibt — haben sich an den Tagungen in immer zunehmender Zahl bekannte Gelehrte verschiedener Fachrichtungen, Nationalökonomen, Soziologen, Philosophen und Historiker, sowie Männer aus der praktischen Wirtschaft aus aller Welt zusammengefunden, um die vordringlichsten Zeitfragen vom Standpunkt eines undogmatischen Liberalismus aus zu diskutieren. Die Mont-Pélerin-Society, die von Professor *F. A. Hayek,* Chicago, präsidiert wird, hat sich in sehr kurzer Zeit zu einer einflußreichen und zielbewußten geistigen Avantgarde im Kampf gegen die mannigfachen Feinde der Freiheit entwickelt.

Die Gestaltung der Tagung durch den Sekretär der Mont-Pélerin-Society, Dr. *Albert Hunold,* war dem Niveau der Konferenz ebenbürtig; die Organisation war sehr wohlgelungen und das Programm durch vielseitige Veranstaltungen und Exkursionen aufgelockert.

Die Vortrags- und Diskussionsthemen sowie die Referenten waren von Professor F. A. Hayek, Chicago, und Professor *Karl Brandt,* Stanford, vorgeschlagen worden. Über die Themata «Demokratie, Sozialismus und Rechtsstaat», «Gewerkschafts-Gesetzgebung», «Liberale Theorie der öffentlichen Meinung», «Liberalismus und Landwirtschaft» referierten hervorragende Sachkenner, wobei besonders auf agrarpolitischem Gebiet teils recht gegensätzliche Auffassungen die jeweils anschließenden Diskussionen stark belebten.

Wesentliche Zielsetzung der Untersuchungen über «Demokratie, Sozialismus und Rechtsstaat» war die klare begriffliche Erfassung dieser oft schlagwortartig verzerrten Prinzipien und die Abklärung, in wie weit sich das eine Prinzip mit dem anderen in «Koexistenz» innerhalb einer politischen Gemeinschaft verträgt.

Nach der Auffassung *Bruno Leonis,* Pavia, ist der Sozialismus nicht nur gekennzeichnet durch das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln (L. v. Mises), sondern insbesondere auch durch eine mit einschneidenden Akten verbundene «Machtübernahme», die sich dann in der zwangsweisen Lenkung des gesamten Produktionsmitteleinsatzes — also auch der menschlichen Arbeitskraft — manifestiert.

Die Einsetzung einer sozialistischen Regierung durch Mehrheitsbeschluß ist für Leoni kein wirklich demokratischer Entscheid, weil dieser den Respekt vor den Minderheiten vermissen läßt. Wo also eine Minderheit unterdrückt oder gar auf Mehrheitsbeschluß hin ausgebeutet wird, ist die politische Gemeinschaft entzweit, die wahre Demokratie verraten. Mit dem Rechtsstaat ist der Sozialismus allerdings dann vereinbar, wenn er sich der abstrakten Herrschaft des Gesetzes fügt und willkürliche Handlungen vermeidet. Sobald sich aber die Majorität eine Suprematie sichert, wie sie einst den absoluten Herrschern eigen war, wird Schritt für Schritt, unter Mißachtung der Minorität, die Gleichheit vor dem Gesetz untergraben. So wäre nach *A. A. Shenfield,* Birmingham, die Entstehung autoritärer Regierungsformen gar nicht möglich gewesen, wenn nicht die für diese Prinzipien eintretenden Gruppen mit massiven Angriffen die Herrschaft des Gesetzes zu Fall gebracht hätten. Prinzipien sind als Signalposten auf dem einzuschlagenden Wege zu betrachten, deren begriffliche Verdunkelung und Verwischung aber die Gefahr heraufbeschwört, vom rechtmäßigen Wege abzuirren. Es ist ein wirksames und verführerischen Mittel der politischen Strategie, geläufige Worte, mit denen sich bestimmte Vorstellungen verbinden, zu entlehnen und ihren Sinn im Eigeninteresse allmählich zu verstellen, um so den Goodwill zu erschleichen, den die öffentliche Meinung solchen Begriffen entgegenbringt.

Das Gebiet des Rechts ist nach Shenfield der Bereich des Voraussehbaren, des sich Wiederholenden, Unteilbaren. Sobald die festen Grundsätze den materiellen Entscheiden und administrativen Ermessensfragen geopfert werden, wird die Schranke für die alles überwuchernde Staatsmacht geöffnet. Unter Hinweis auf das Beispiel der Antimonopol-Politik mahnte Shenfield, daß das Streben nach Vervollkommnung des Wettbewerbes dann gefährlich wird, wenn die Macht des Staates zu sehr in Anspruch genommen werden muß.

Professor *Franz Böhm,* Frankfurt a. Main, einer der energischsten Antimonopolisten, ist dagegen, die Vermachtung vieler Bereiche der Wirtschaft fatalistisch hinzunehmen, um den Einsatz staatlicher Autorität zu meiden. Denn nur die abstrakte Herrschaft des Gesetzes, die der Staat garantieren soll, kann auch die privaten Mächte eindämmen, die sich u. E. nun aber keinesfalls auf den Minderheitenschutz berufen können, weil ihnen der Respekt vor der kapitalmäßigen Minorität gewiß nicht im Blut liegt. Gerade hier muß eins hervorgehoben werden: Der Liberalismus tritt ein für die freie Entwicklung des Individuums, für gerechte Entfaltungsmöglichkeiten, er ist aber nicht etwa die «Partei des Kapitals».

Die mit großer Spannung erwarteten Vorträge zur Agrarpolitik führten ohne Zweifel zum Höhepunkt der Konferenz, ist doch kaum ein anderer Bereich so geeignet, ein Betätigungsfeld für Planwirtschaftler verschiedenster Färbung zu versprechen. Warum die staatlichen Interventionen gerade in der Agrarpolitik weit über das hinausgehen, was die heutigen Liberalen als noch konform mit den Marktgesetzen erachten, bemühte sich der westdeutsche Bundesernährungsminister Dr. *H. Lübke* an zahlreichen Beispielen aus Amerika und Europa zu belegen. Dieser heute weitverbreiteten Anschauung trat Professor K. Brandt mit Leidenschaft überzeugend entgegen. Die staatliche Intervention im Agrarsektor stellt in vielen Fällen praktisch nur das «politische Mittel» dar, um die Verteilung des Sozialproduktes zu beeinflussen, während die Bemühung um die Produktivitätssteigerung und Qualitätsverbesserung gering ist, ja unter den Fittichen des Protektionismus mehr und mehr zu schwinden droht. So tritt Brandt insbesondere ein für die Überwindung eines entwicklungsfeindlichen Beharrungswillens. Die technischen Möglichkeiten werden noch viel zu wenig genutzt, die oft sehr unzureichenden Betriebsgrößen und unrentablen räumlichen Gliederungen des Landbesitzes behindern eine wirtschaftliche Bodennutzung. Ferner sieht er in der «Landflucht» kein Übel, sondern den einzigen Ausweg zur Verbesserung der ländlichen Einkommensverhältnisse: Die Konsumausgaben der nichtlandwirtschaftlichen Bevöl-

kerung bestimmen die Einkommen im Agrarsektor entscheidend. Nur die Intensivierung der Produktion kann das Lebenshaltungsniveau der Bauern auf das des Städters heben. Interventionen, welche die Privatinitiative fördern, wie Beratungsdienst, Maschinenverbilligung etc. sind durchaus zu begrüßen. Hierin stimmt Dr. Lübke ganz entschieden mit Prof. Brandt überein, wenn er für die Erhaltung der Marktelastizität durch Vermeidung von Festpreisen und für energische Förderung der Qualitätsproduktion eintritt. — Die wesentlichen betriebswirtschaftlichen Probleme liegen in der europäischen Landwirtschaft sicher auf dem Gebiet der Betriebsgrößenpolitik (Arrondierungen, Bodenreform), die dringendsten volkswirtschaftlichen Aufgaben aber sind in der Bemühung um die Steigerung der Kaufkraft der Industriebevölkerung und damit in der Nachfragesteigerung nach hochwertigen Nahrungsmitteln im Sinne des Benettschen Gesetzes zu sehen. Die große Bedeutung des Agrarkredites erwies sich erneut am Beispiel der italienischen Farmer, die in Kalifornien sehr erfolgreich wirtschaften (Referat *I. Gasparini,* Mailand). *G. Demaria,* Mailand, legte in einer theoretischen Behandlung der Agrarsubventionierung dar, welche Nutzenrelationen zu einem maximalen Austausch zwischen Landwirtschaft und Industrie führen und leitete daraus wichtige wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen ab. *A. G. A. Fisher,* London, berichtete von seinen Erfahrungen als Farmer unter der von Labour eingebrachten englischen Agricultural Act von 1947. *Chr. Gandil,* Dänemark, schilderte die Agrarpolitik seines Heimatlandes, die eine blühende Landwirtschaft mit großem Exportanteil ohne protektionistische Maßnahmen ermöglicht hat. Eine ebenso überzeugende Tatsache ist die freie Entwicklung der Landwirtschaft in den Niederlanden, die sich trotz gewaltiger Kriegsschäden und Naturkatastrophen hervorragend entwickelte.

Die Vorträge von *K. Popper,* London, und von *Carlo Antoni* galten dem Entstehen und der Einflußnahme der «öffentlichen Meinung». Antoni wirft der Soziologie vor, über eine reine Typenlehre nicht hinausgekommen zu sein und vergeblich versucht zu haben, ihren Untersuchungsgegenstand, die «Gesellschaft», zu definieren. Während sich Antoni mit dem Phänomen «Gesellschaft» und «Gesellschaft und Staat» beschäftigte, gab Popper mannigfache Anregungen zur Erklärung hinsichtlich der Entstehung und Eigenart der öffentlichen Meinung, die zumeist etwas Induziertes ist. Sie kann intuitiv der Suche nach Wahrheit nahekommen, sie kann weiser sein als die Regierung; ihr größter Mangel aber liegt in der Verantwortungslosigkeit. Spricht dies gegen die Demokratie? Nein, sagt Popper, denn wir sind Demokraten, nicht weil wir glauben, daß die Mehrheit immer Recht hat, sondern weil die von Traditionen getragenen demokratischen Einrichtungen das geringste Übel sind, das wir kennen.

Die Fülle des anregenden Gedankenaustausches in der Mont-Pélerin-Society festzuhalten und weiten Kreisen nutzbar zu machen, ist Aufgabe der kommenden Monate. Wir möchten hoffen, daß ein neuer Sammelband des Schweizerischen Instituts für Auslandforschung mit Dr. Albert Hunold als umsichtigem Herausgeber vieles davon vermitteln möge, denn die mutigen Worte, die in Venedig gesprochen wurden, tragen zur Gewinnung eines festen Standpunktes bei, der bei der Verteidigung des heute schwer bedrängten Freiheitswillens unerläßlich ist.

Wolfram Dürr

Bericht aus Rumänien

Kaum ist der lärmvolle Festjubel des zehnjährigen «Befreiungstages» der Rumänischen Volksrepublik verrauscht, der dem Gedenken an die Frontwechsel Rumäniens vom 23. August 1944 galt, rüstet sich die «Rumänische Arbeiterpartei»

(RAP, Partidul Muncitoresc Romîn) für den 30. Oktober d. J. zum II. Parteikongreß. Fast sieben Jahre sind seit dem Gründungs-Kongreß der RAP im Februar 1948 verstrichen, als die «Vereinigung» der 1921 gegründeten KP Rumäniens mit dem linken Flügel der Sozialdemokratie erfolgte. Seit Monaten sind umfangreiche Vorbereitungen, Umbesetzungen, Ernennungen im Gange, um einen glanzvollen Verlauf des Parteitages zu sichern: Im Frühjahr weilten z. B. die 19 regionalen Organisationsleiter der «Rumänischen Arbeiterpartei» zu einer Sonder-Schulung in Moskau. Auf Parteiebene und im militärischen Sektor ist zwischen der UdSSR und den europäischen Volksdemokratien längst jene fugenlose Einheit hergestellt, auf die der Kreml für die nachgeordneten «Apparate» der Staatsverwaltung und Wirtschaft gegenwärtig noch verzichtet. Infolge dieser unmittelbaren Eingliederung der osteuropäischen «Bruderparteien» in die KPdSU versieht die Kominform-Zentrale in Bukarest-Sinaia tätsächlich nurmehr die Aufgaben einer «informativen» Kontaktstelle.

«Kollektivierte» Führung der Partei

Seit Jahresfrist ist in der Rangordnung der kommunistischen Hierarchie im wesentlichen «alles beim alten» geblieben. Dennoch sahen sich die Machthaber veranlaßt, eine gewisse Trennung von Staats- und Parteiämtern, sowie eine «Kollektivierung» und Verjüngung der Parteispitze vorzunehmen: Am 19. April d. J. trat der «erste Mann» der rumänischen Volksdemokratie, der 53jährige Ministerpräsident Gheorghe Gheorghiu-Dej von seinem Posten als Generalsekretär der RAP zurück. Ein «Kollektiv» von vier ZK-Sekretären übernahm die Führung der Partei: Erster Sekretär des Zentral-Komitees und «zweiter Mann» wurde der 44-jährige Gewerkschafter und bisherige Vizepremier Gheorghe Apostol, bulgarischer Abkunft (Apostoloff). Als Lehrling in der Kesselschmiede der Bukarester «Grivitza»-Eisenbahnwerkstätten wurde er Arbeitskollege und Kampfgenosse Gheorghiu-Dejs und galt immer als «eiserner Besen». Die drei übrigen Parteisekretäre — Nicolae Ceauşescu, ZK-Mitglied, Mihai Dalea, früher Botschafter in Moskau, János Fazékas, bisher madjarischer, 2. Sekretär des ZK der kommunistischen Jugendorganisation — sind bereits Vertreter der «Jungen Garde». Der einschlägige «Tagesbefehl» des ZK bestimmt jedoch einschränkend: «Das Sekretariat des Zentral-Komitees wird sich mit der laufenden operativen Parteiarbeit befassen, seine Tätigkeit wird durch das Polit-Büro des ZK angeleitet.» Ein Großteil dieser maßgeblichen Mitglieder des Polit-Büros wurde Mitte August d. J. als stellvertretende Ministerpräsidenten bestätigt oder neu ernannt: Iosif Chisinevschi-Broitman, Alexandru Moghioroş (Madjare), Chivu Stoica sind «erste» Vizepremiers; Heeresminister Emil Bodnaraş (Ukrainer), Planungsminister Miron Constantinescu, Petru Borila «gewöhnliche» Vizepremiers. Auch das wichtige Partei-Sekretariat der Hauptstadt (1,5 Mio Einwohner) leitet ein Madjare, Tiberiu Török. Der «internationalistische» Charakter der obersten KP-Führungsschichte erklärt sich z. T. aus der auffallenden Bevorzugung «linientreuer» Nicht-Rumänen in allen Parteirängen der Rumänischen Volksrepublik und gehört zum volksdemokratischen Überwachungssystem.

Am 27. Juli d. J. wurde der ZK-Stab der UTM (Vereinigung der Werktätigen Jugend, Uniunea Tineretului Muncitor) nach knapp zweijähriger Amtszeit fast vollständig ausgewechselt. Der 1. Sekretär des ZK der UTM bot in seinem Rechenschaftsbericht eine niederschmetternde «Selbstkritik», die der ätzenden «Grußbotschaft» des ZK der RAP an den Jugendkongreß vollkommen entsprach und machte Cornel Fulger (Grünberg) Platz. Die Parteibotschaft kritisierte an der «Hauptreserve der RAP»: Das Nachlassen der «Disziplin in Studium und Leben», mangelhafte Arbeit an der Bauernjugend und der Studentenschaft, fehlerhaftes Zusammenwirken mit den «nationalen Minderheiten», «rückschrittliche Theorien

der imperialistischen Pseudo-Wissenschaft, des Kosmopolitismus, des Mystizismus, Obskurantismus» usw. Alles in allem ein eklatanter Mißerfolg kommunistischer Jugenderziehung.

Industrielle Planziele und UTM-Debakel

Rumäniens beachtliche Industrialisierung seit Beginn des zweiten Weltkriegs hat derzeit eine Entwicklungsphase erreicht, in der die erhöhte Produktivität der Betriebe neben den forcierten Investitionen der Nachkriegszeit zur Steigerung der Erzeugung entscheidend beitragen müßte. Diesbezüglich versagen z. B. besonders die modernisierte Kohlenförderung (1953: knapp 6 Mio t) und die Zementindustrie. Die überaus hohen Baukosten werden unablässig, etwa mit dem Hinweis auf kopflose «Um-Planungen», «Vergeudung und Grandomanie ... aus billiger Popularitätshascherei», gerügt. Der Maschinenbau- und Textil-Sektor insonderheit verteuert die «Selbstkosten» durch hohe Ausfälle infolge Schleuderarbeit. «Bürokratie» und «Selbstzufriedenheit» der zentralen Verwaltungswirtschaft werden als Ursache verspäteter Rohstoff- und Bestandteillieferungen, überhöhter Transportspesen und z. T. sinkender Produktivität genannt.

Der Planbericht für 1953 weist für die Elektrifizierung einen nennenswerten Erfolg aus, die zum Jahresende sich mit 3,4 Md kWh dem Plansoll von 1960 mit vorgesehenen 4,3 Md kWh Energieleistung nähert. Ebenso gelang es, zufolge der Erschließung neuer Erdölgebiete, die Rohölausbeute auf vermutlich 9 Mio Jato zu steigern. Ende 1953 lag die Rohstahlerzeugung von 750 000 t und der Roheisen-Ausstoß von 450 000 t noch beträchtlich unter dem geplanten «Soll» für 1955 von 1,25 Mio t, bzw. 1 Million t. Fehlplanungen im Maschinenbau verursachten einen bedenklichen Mangel an Ersatzteilen. 1950—1953 hinkte namentlich die Produktion von Traktoren-Ersatzteilen um 50% hinter der plangemäßen Produktionserhöhung der Traktoren selbst nach (1953: 5000 Traktoren, umgerechnet auf 15 PS). Laut «Romînia Libera» sind gegenwärtig nur 57% des Transport-Parks der lokalen Unternehmen einsatzfähig.

Während am 20. Juni d. J. die Fertigstellung der Donaubrücke Giurgiu-Rustschuk gebührend gefeiert wurde — die außerordentliche Leistung ist vornehmlich rumänischen Ingenieuren zu danken, die im Vorjahr eine katastrophale Fehlkonstruktion (Pfeiler) ihrer sowjetischen Berater mit Hilfe «bourgeoiser» Baumethoden retteten — verlautet über die wachsende Uranerzausbeute südlich von Baia Mare (Maramuresch) und bei Cacica (Süd-Bukowina) offiziell bisher kein Wort. Ebenfalls mit Stillschweigen übergangen wird die Einstellung der Bauarbeiten am bedeutendsten Fünfjahrplan-Projekt, dem mit Vorschußlorbeeren reichlich bedachten Donau-Schwarzmeer-Kanal.

Am 25. September gab die Parteipresse bekannt, daß auf Grund von Abkommen (31. 3. und 18. 9. d. J.) die UdSSR ihre Besitzanteile an zwölf gemischten «Sovrom»-Gesellschaften, die den Sowjets 1945 als Kriegsbeute zugefallen waren, der rumänischen Regierung «zu günstigen Bedingungen und gegen mehrjährige Ratenzahlungen» verkauft. Wichtige sowjetisch-rumänische Unternehmen, wie die Erdöl- und Uranerz-Gesellschaften, figurieren nicht auf der Liste der zu rumänisierenden Konzerne. Die Rückgabe soll offenbar zum II. RAP-Kongreß Stimmung machen.

Agrarpolitische «Richtlinien» und soziale Lage

«Trotz alledem bleibt das gegenwärtige Niveau der landwirtschaftlichen Erzeugung weit zurück hinter den wachsenden Erfordernissen zur Versorgung der werktätigen Bevölkerung mit pflanzlichen und tierischen Produkten, der Leicht- und Lebensmittelindustrie mit Agrar-Rohstoffen», schrieb das zentrale Parteiblatt «Scînteia» am 28. August d. J. in seinem Kommentar zu dem «Entwurf von Richtlinien des II. Kongresses der ‚Rumänischen Arbeiterpartei' betreffend die Entwick-

lung der Landwirtschaft innert der nächsten 2—3 Jahre». Dieses Eingeständnis bezeichnet zugleich das Fazit der seit dem Sommer 1953 angelaufenen umfangreichen Förderungsmaßnahmen des Regimes zugunsten der darniederliegenden Landwirtschaft. Die «Kornkammer» Rumänien wird jetzt z. B. aus der Türkei 65 000 t Getreide einführen. Der Leistungsrückgang der Landwirtschaft erklärt sich nur teilweise aus der heurigen schwachen Ernte infolge Ausfrierungsschäden, verspäteter Aussaat und Fechsung sowie verzögerten Drusches. Vor allem konnte das «Mitinteresse» der Einzelbauern, die immer noch Dreiviertel der Ernteaufbringung bestreiten, durch die vorjährigen Erleichterungen und Versprechungen des «neuen Kurses» nicht entsprechend geweckt werden. Die «Erziehung zum Kolchos» bedroht nach wie vor den bäuerlichen Kleinbesitz. «Richtlinien»-gemäß soll gerade die Zahl der Kolchosen von gegenwärtig 2045 und der landwirtschaftlichen Erzeugungs-Genossenschaften von 2334 rasch gesteigert werden. Bei 220 Maschinen- und Traktoren-Stationen (MTS) mit ihren 25 000 «konventionellen» Traktoren (d. h. umgerechnet auf leistungsschwache 15 PS) fehlen für das neue Kollektivierungs-Programm die technischen Voraussetzungen — auch wenn man von der konservativen Widerspenstigkeit der Bauern absieht. Gibt es doch vergleichsweise in dem z. T. gebirgigen, kleinen Österreich fast 35 000 oder in Westdeutschland 300 000 leistungsstarke landwirtschaftliche Schlepper. Dabei kommt der rumänischen Landwirtschaft auch für die etwas verkürzten schwerindustriellen Planziele eine Schlüsselstellung zu.

Die offizielle Mitteilung, wonach die Landbevölkerung im ersten Halbjahr 1954 gegenüber der Vorjahrszeit um 11,7% mehr Industriewaren geliefert erhielt, bestätigt eigentlich nur die anhaltende Mangellage in der Versorgung. Zwar haben sich Schwerindustrie-Unternehmen nach westlichem Vorbild seit Jahresfrist Abteilungen für Verbrauchsgüter-Erzeugung angegliedert, doch meist behandeln sie diese als «Stieftöchter». Die äußerst labilen Handwerker-Genossenschaften lassen Sorgfalt und Qualität in ihrer «kollektiven» Produktion vermissen; ihre Mitglieder zeichnen sich lediglich durch Schwarzarbeit nach Feierabend aus. Klagen der «Werktätigen» über fehlende, z. T. saisonbedingte «Sortimente» reißen nicht ab. Weder die Preis-Lohn-Skala noch die Käuferschlangen vor Lebensmittelläden haben sich nach dem «neuen Kurs» merklich geändert. Die Fleischzuteilung wurde etwas aufgebessert, Fette bleiben indessen knapp. Der Durchschnittsverdiener kann wegen zu hoher Preise auch angebotene Bedarfsgüter nicht erstehen. Anderseits laufen z. B. Augenleidende Monate und Jahre die Fachgeschäfte ab, um passende Brillengläser zu erhalten. Die Dürftigkeit der Lebenshaltung findet in der unverminderten Militarisierung und Bevorzugung von Rüstungsvorhaben, aber auch in erhöhten Auslandlieferungen, die einfachste Erklärung.

«Sozialistische» Erfassung der Bevölkerung

Die 17-Millionen-Bevölkerung wird durch eine Vielzahl von Organisationen fast lückenlos erfaßt und kontrolliert. Der Mitgliederstand der Partei übersteigt die Million, die UTM-Jugend zählt 1,3 Millionen Mitglieder, die Gewerkschaften haben 2,5 Mio, die Frauenorganisationen 1,3 Mio Angehörige; die Konsum-Genossenschaften weisen 6 Mio, die bäuerlichen Genossenschaften freilich bloß 0,6 Mio, die rumänisch-sowjetische Freundschaftsgesellschaft ARLUS 6 Mio, die Sport-Organisation über 1,2 Mio Kampfsportabzeichen-Träger aus; 135 000 gewählte «Volksräte», Zehntausende Gerichts-Beisitzer vervollständigen das Bild der Hypertrophie. Kompetenzstreitigkeiten, «Schedintzomanie» (Konferenz-Manie) und Verlust der Freizeit sind die Begleiterscheinungen der pausenlosen «Umerziehung» der Massen.

Rumänien-Reisende dieses Sommers wissen aber z. B. gegenüber der Zeit vor zwei Jahren zu berichten, daß dem damals erfolgreichen Spitzelunwesen heute,

dank der einheitlichen Abwehrstellung der Bevölkerung, weithin die Grundlage entzogen ist. Polizeiberichte sprechen von einer «Gewöhnung» der Staatsbürger an die volksdemokratischen Verhältnisse; sie beruhen auf einer Selbsttäuschung des Regimes und falschen Einschätzung der wahren Stimmung eines Volkes, das sein unabdingbares Europäertum unter Beweis stellt.

«Freundschaft mit der Heimat des Sozialismus»

Die offizielle Delegation der Sowjetunion zum «Befreiungstag» des 23. August d. J. bestand aus N. M. Schwernik, Präsident der sowjetischen Gewerkschaften, einem Generaloberst F. I. Golikow und G. I. Rudj, Ministerpräsident der Moldauischen SSR. Der Ukrainer G. I. Rudj ist der Regierungschef jener Moldauischen Unionsrepublik, die heute vorwiegend Mittelbessarabien umfaßt. Für die Rückgewinnung der 1940 durch die Sowjets annektierten rumänischen Provinz Bessarabien entschloß sich Rumänien 1941 zum Kriegseintritt gegen die UdSSR und opferte auf Rußlands Schlachtfeldern 300 000 Gefallene. Die Entsendung G. I. Rudjs zu den Bukarester Feiern bezweckt fraglos mehr als eine Demütigung des nationalen Rumänentums. Selbst die künstliche Verselbständigung der moldauisch-bessarabischen Mundart als eigener «Sprache» und deren jüngsthin erfolgte «Wiederentdeckung» als einer romanischen «Sprache» («Fragen der moldauischen Sprachwissenschaft», Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau 1953) soll vielmehr den verstärkten Einfluß des Großrussischen auf die rumänische Sprache vorbereiten, die seit Januar d. J. mit einer neuen Orthographie geschrieben und um einen «sozialistischen» Wortschatz vermehrt wird. Der Kreml erstrebt eine Annäherung der Moldauischen SSR und der von der gleichen rumänischen Bevölkerungsmehrheit bewohnten Rumänischen Volksrepublik, die in einen «Anschluß» zu münden hätte.

Rumäniens kulturelle Entwicklung und romanisches Geschichtsbewußtsein werden heute auf einen «uralten» großrussisch-ukrainischen Kultureinfluß reduziert. Nur fehlendes Einfühlungsvermögen in die Psyche eines anderen Volkes konnte Moskau zu diesem Experiment des gewaltsamen Zuchtversuches verleiten. Freiheitsbegriff und nationales Bewußtsein Rumäniens aber sind im europäischen Boden tief eingewurzelt. Daher wird das kleine Volk der Rumänen auch diese Epoche der sowjetrussischen Überfremdung erfolgreich überdauern.

Bericht aus Tokio

Unentschlossenheit und Zurückhaltung

Auf der Tagung des bekannten amerikanischen «Institute of Pacific Relations», die kürzlich in Kioto stattfand, mußten sich die Japaner von den ausländischen Delegierten einige unangenehme Wahrheiten sagen lassen, die für die heutige Lage in Japan bezeichnend sind. Der aus 29 Mann bestehenden japanischen Delegation wurde vorgeworfen, «sie sei so zurückhaltend, daß es unmöglich wäre, sich eine Vorstellung von den wahren Gefühlen des japanischen Volkes zu machen», und auf Fragen über «die Kraft der Demokratie in Japan, über die freien Gewerkschaften und über die Rückkehr zum Militarismus seien nur ausweichende Antworten gegeben worden». Viele Delegierte schlossen daraus, daß Japan wieder dem Totalitarismus anheimfallen würde, wenn man es allein ließe. Auch wurden die außenpolitischen Äußerungen der japanischen Vertreter bemängelt, die behaupteten, Japan

könne mangels finanzieller Mittel nicht aufrüsten, sich gleichzeitig aber gegen die Anwesenheit amerikanischer Truppen in ihrem Lande wandten.

Die ungeschickte Haltung der Japaner mag verschiedene Gründe gehabt haben. So bestand die japanische Gruppe zunächst einmal aus unerfahrenen, wenig repräsentativen Delegierten. Sicherlich war die Zurückhaltung der Japaner aber auch darauf begründet, daß sie noch nicht recht wissen was sie wollen. Wenn man selbst keine bestimmte Meinung hat, ist es schwer, klare Antworten zu geben. Immer wieder fällt es auf, wie ratlos, unentschlossen und vage die Japaner heute noch sind. Sie haben die totale Niederlage (die erste in ihrer Geschichte), den Zusammenbruch der alten Ideale und den Ansturm des amerikanisch-demokratischen Gedankengutes noch nicht recht verdaut und überwunden.

Außerdem ist die japanische Reserviertheit, die zuweilen mit einer gewissen Fremdenfeindlichkeit verbunden sein kann, ein altbekanntes Charakteristikum des Inselvolkes. Im allgemeinen sprachen die Japaner mit Ausländern nie gern über ihre Innenpolitik, über die sozialen Spannungen und dergleichen. Indessen haben sich die Japaner im Vergleich mit den Vorkriegs- und Kriegsjahren (als Schweigen Ausländern gegenüber geradezu als Pflicht galt) in dieser Beziehung doch einigermaßen geändert, sprechen viele von ihnen doch offener und freimütiger als früher. Das vermögen allerdings Fremde, die Japan das erste Mal besuchen, kaum zu bemerken, und für sie sind die Japaner immer noch ein seltsam, wenn nicht unangenehm zurückhaltendes Volk. Auch gewinnt man den Eindruck, daß die Zurückhaltung, die mit Fremdenfeindlichkeit (vor allem Anti-Amerikanismus) zusammenhängt, neuerdings wieder stärker zunimmt. Wirklich offen und ehrlich sind — außer in den Fällen, in denen man einen Japaner sehr gut und viele Jahre kennt — im allgemeinen eigentlich nur diejenigen westlich gebildeten Japaner, die echte demokratische Neigungen besitzen und pro-amerikanisch eingestellt sind, sowie, was die politische Kritik betrifft, die Kommunisten und verwandten Linksradikalen, die nichts lieber tun, als die bestehenden Verhältnisse zu kritisieren und die schmutzige Wäsche der japanischen Politik auszubreiten. Doch für marxistische Parteien ist eine solche Offenheit, solange sie sich in Opposition befinden, wohl selbstverständlich. Die große Masse der Bevölkerung verhält sich aber wie die japanischen Delegierten auf der anfangs erwähnten Tagung.

Opposition gegen den Ministerpräsidenten

Im heutigen Japan läßt sich, politisch gesehen, eigentlich nur eine Tatsache mit Sicherheit feststellen, nämlich, daß die öffentliche Meinung in ihrer überwiegenden Mehrheit gegen Premierminister Yoshida eingestellt ist. Die Opposition gegen ihn ist so stark, daß seine Auslandsreise in Frage gestellt war, mehrere Attentate gegen ihn versucht wurden und bei seinem Abflug 700 Polizisten zu seinem Schutz aufgeboten werden mußten. Der 75jährige Yoshida, ein Berufsdiplomat, ist seit 1945 zum vierten Male Regierungschef (fast die ganze Nachkriegszeit, d. h. im ganzen sieben Jahre, war er an der Macht), hat den Friedensvertrag von San Franzisko unterzeichnet und befindet sich jetzt als erster japanischer Premierminister nach dem Kriege auf einer ausgedehnten Auslandsreise. Daß diese unter so unerfreulichen Umständen unternommen werden mußte, ist betrüblich. Über die außenpolitischen Aspekte dieser Reise wird hier relativ wenig gesprochen, um so mehr aber darüber, ob Yoshida nach seiner Heimkehr endlich zurücktreten wird. Sämtliche Parteien, einschließlich einiger Mitglieder der Liberalen Partei, deren Präsident Yoshida ist, fordern seinen Rücktritt, und die Presse ist — es gibt hier kein Regierungsblatt — sozusagen geschlossen gegen ihn. Es wird vielfach damit gerechnet, daß Yoshida im November nach seiner Rückkehr das Abgeordnetenhaus auflösen wird, falls dieses ihn zu stürzen sucht. Dann

müßten Neuwahlen ausgeschrieben werden, und der Premierminister gewänne eine Atempause. Manche bedächtigen Beobachter meinen indessen, daß es kaum soweit kommen würde, falls es Yoshida gelingt, genügend «Geschenke» in Form von amerikanischen Kreditgewährungen und sonstigen Vorteilen für Japan (Verbesserung der Handelsbeziehungen mit Großbritannien, Eintritt in das GATT etc.) mit nach Hause zu bringen. Manche Zeitungen höhnen aber jetzt schon über die «seltsamen Geschenke», die der Regierungschef vermutlich mitbringen werde, wie z. B. zwar amerikanische Kredite, aber gleichzeitig die Verpflichtung, größere Summen für die unpopuläre Wiederaufrüstung des Landes aufzuwenden.

Hiesige Ausländer sind im allgemeinen Yoshida gegenüber weniger kritisch als die meisten Japaner; man bewundert seine Festigkeit und seinen Mut, trotz der täglich gegen ihn geführten Attacken, und man hält seine außenpolitische Linie für die für das heutige Japan einzig richtige. Dazu ist zu bemerken, daß die Opposition gegen Yoshida *auch* außenpolitisch, aber vor allem doch innenpolitisch bestimmt ist. Die konservative Opposition ist zum Beispiel mit Yoshidas Außenpolitik im Prinzip einverstanden; trotzdem ist sie aber bemüht, die Macht der großen Liberalen Partei (die ihrem Wesen nach ebenfalls eine konservative ist) zu vernichten und eine neue Anti-Yoshida-Partei zu gründen.

Die Ursachen für die Unpopularität des Regierungschefs liegen hauptsächlich in seiner als «diktatorisch» empfundenen Regierungsweise, sowie in den Korruptionsskandalen (Bestechung von Beamten und Abgeordneten, Beeinflussung der Wahlen usw.), in die mehrere liberale Politiker verwickelt sind. Tatsächlich regiert Yoshida recht eigenmächtig, schert sich wenig um das Parlament (die Abgeordneten hat er schon «Dummköpfe» genannt) und setzt sich über amtliche Bestimmungen hinweg. Da außerdem die wirtschaftlichen Nöte Japans, für die selbstverständlich ebenfalls die Regierung Yoshida verantwortlich gemacht wird, nicht aufhören wollen, ist es unter diesen Umständen verständlich, daß die öffentliche Meinung verbittert aufschreit: «Das soll Demokratie sein? Hinweg mit Yoshida!»

Mögliche politisch-wirtschaftliche Störungen

Yoshida hat vorläufig wohl noch einen Teil der Wirtschaft hinter sich, und diese einflußreichen großen Geschäftsleute und Industriekapitäne werden ihn vielleicht weiterhin unterstützen, falls er sie mit ausländischen Anleihen zu befriedigen vermag. Aus dem «neuen, demokratischen Japan» General MacArthurs ist nämlich weitgehend wieder die alte Herrschaft der Konservativen und Großkapitalisten geworden, aus der vor dem zweiten Weltkriege die japanische Militärherrschaft hervorging (teils die national-gemeinschaftliche Gegenbewegung, teils aber auch, was den Wunsch nach «Lebensraum» betraf, mit der konservativen Gruppe am gleichen Strange ziehend). Damit soll nicht gesagt werden, daß die Entwicklung wieder den gleichen Weg gehen wird, denn die Zeiten haben sich doch bedeutend verändert, und in noch nie dagewesener Stärke droht eine neue Gefahr von der Linken, von den Wühlarbeit betreibenden Kommunisten her.

Falls Yoshida gegen Ende des Jahres gestürzt werden sollte, so braucht dies aber nicht zu bedeuten, daß das konservativ-kapitalistische Bündnis zum Bruch gekommen ist, vielmehr ist es ebensogut möglich, daß sich diese Gruppe lediglich anstelle des allmählich untragbar werdenden Yoshida einen neuen Chef wählt. Allerdings ist man vor Überraschungen nie sicher. Vielleicht ist der Unwille des Volkes mit der bisherigen Regierung und der einseitig pro-amerikanischen Außenpolitik (hier kommen jetzt starke neutralistisch-asiatische Tendenzen auf) bereits so groß, daß es im Laufe des Winters zu halb politisch, halb wirtschaftlich bedingten Störungen kommen könnte.

Lily Abegg